

## V5 Eltern in die Politik! Unsere Ziele als moderne Familienpartei

Antragsteller\*in: Anna Peters (KV Emmendingen)

Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

1 Politik wird von Menschen mittleren Alters gemacht. Zum Großteil männlich, zum  
2 Großteil akademisch. Für uns ist klar: Politische Entscheidungsgremien zeichnen  
3 sich zurzeit in ihrer Besetzung durch einen Mangel an Vielfalt aus. Das  
4 bedeutet, dass Politik weit weg ist von der Lebensrealität kleiner Kinder, deren  
5 sorgeberechtigten Personen sowie älteren Menschen.

6 Bündnis90/Die Grünen ist eine Familienpartei! Wir wollen die Erfahrungen und  
7 Perspektiven von Menschen, die Verantwortung füreinander und für andere  
8 übernehmen sichtbar machen und ihnen Gehör schenken. Wir stehen für eine moderne  
9 Familienpolitik, welche die unterschiedlichen Lebenslagen und Anliegen von  
10 familiären Verantwortungsgemeinschaften ernst nimmt und in ihrer Politik  
11 berücksichtigt und mitdenkt.

12 Eltern und Personen, die Care Arbeit übernehmen, haben wenig Zeit. Denn  
13 zusätzlich zu ihrer Erwerbstätigkeit kümmern sie sich um andere Menschen wie  
14 beispielsweise Kinder oder pflegebedürftige Personen und organisieren den  
15 Haushalt. Die wenige Zeit, die übrig bleibt, darf nicht verschwendet sein. Damit  
16 Eltern die Möglichkeit wahrnehmen, sich ehrenamtlich zu engagieren, muss das  
17 Ehrenamt transparent zugänglich, die Ergebnisse messbar und der Zeitaufwand  
18 kalkulierbar sein. Der Wunsch nach politischer Veränderung trifft oftmals auf  
19 starre kommunalpolitische Strukturen. Personen mit täglicher Verantwortung und  
20 Sorge für andere Menschen haben mit knapperen Zeitressourcen so de facto keine  
21 Chance auf Mitgestaltung. Das wollen wir ändern!

22 Sitzungszeiten, die beginnen, wenn die Kinderbetreuung schließt; Sitzungen, die  
23 bis spät abends gehen und eine ineffektive Diskussionskultur sind Realität in  
24 vielen kommunalen Räten in Baden-Württemberg. Eltern von betreuungspflichtigen  
25 Kindern sind in den Gemeinderäten in Baden-Württemberg unterrepräsentiert. Ihre  
26 Erfahrungen und Perspektiven sind für politische Entscheidungen aber wichtig und  
27 relevant – denn Menschen, die sich tagtäglich mit Kinderwagen, Rollstuhl oder  
28 Rollator bewegen, sind schnell mit den Missständen im Bereich Barrierefreiheit  
29 konfrontiert. Der tägliche Weg zum Bus, zur Schule, ins Schwimmbad oder ins  
30 Pflegeheim kann mitunter beschwerlich sein, denn die Sicherheit im Verkehr, wenn  
31 man zu Fuß, mit Kinderwagen etc. unterwegs ist, ist nicht immer gewährleistet.  
32 Der Öffentliche Nahverkehr fährt besonders im ländlichen Raum nicht dann, wenn  
33 es Familien brauchen und die Haltestellen sind weit weg vom örtlichen Geschehen.  
34 Ebenso müssen Kommunen beim Radverkehr besser werden, damit Fahrradwege für  
35 Kinder sicherer werden. Aber auch ausreichende Beschattung, Sitzmöglichkeiten,  
36 und Begrünung sowie im Winter gestreute, eisfreie Wege sind wichtig für  
37 Menschen, deren Aktionsradius in der Regel um ihren Wohnort herum liegt. Die  
38 (mangelnde) Klimaresilienz der Kommunen hat unmittelbare und gesundheitliche  
39 Auswirkungen – gerade bei Schwangeren, kleinen Kindern und älteren Menschen ist  
40 das besonders deutlich zu sehen. Im Bildungsbereich wollen wir mit der  
41 Perspektive von Familien einen Schritt nach vorne gehen: Kommunen haben als  
42 Schulträger unmittelbaren Einfluss auf die Ausstattung in den Schulen. Sie  
43 entscheiden über neue Schulhöfe, die gebaut werden, das Schul- und Kitaessen und

44 Familienzentren. Sehr viele Entscheidungen, die in der Kommune gefällt werden,  
45 betreffen Eltern und ihre Kinder unmittelbar und jeden Tag!

46 Auch den Fachkräftemangel bekommen Eltern ungeschönt zu spüren. Schon während  
47 der Schwangerschaft beginnt das Kämpfen: zu wenig Gynäkolog\*innen und Hebammen,  
48 damit Schwangere gut versorgt sind, zu wenige Kreissäle im Umkreis, teilweise  
49 mit einer Fahrtstrecke von 40 km zur Entbindung, zu wenige Kinderärzt\*innen, zu  
50 wenige Kitas und sonstige Betreuungsplätze und schließlich der  
51 Lehrer\*innenmangel an Schulen. An allen Ecken und Enden werden Eltern mit diesem  
52 Fachkräftemangel konfrontiert.

53 Diese Erfahrungen sind wertvoll und wichtig für politische Entscheidungen, die  
54 Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Deshalb müssen sie Gehör finden.  
55 Politik kann nur für alle Menschen da sein, wenn die Perspektiven und  
56 Lebenslagen aller Menschen gehört und erkannt werden. Dabei sind Eltern häufig  
57 im vorpolitischen Raum aktiv – sie organisieren Elternabende oder sind  
58 Elternbeiratsvorsitzende. Sie sammeln Unterschriften für Tempo 30 vor dem  
59 Kindergarten oder setzen sich für besseres Essen in der Schulkantine ein,  
60 mehrheitlich sind das in diesen Fällen Mütter. Wie also können die wichtigen  
61 Erfahrungen und Perspektiven von Eltern in die Politik einfließen? Indem wir  
62 mehr Eltern für politische Ämter gewinnen!

63 Eltern – in die Kommunalpolitik!

64 Ein wichtiger Baustein, um Eltern die Teilnahme an Kommunalpolitik zu  
65 ermöglichen, ist die Betreuung ihrer Kinder in Kindertagesstätten oder durch die  
66 Kindertagespflege. Zwischen 2010 und 2020 führte der Ausbau der  
67 Kindertagesbetreuung in Baden-Württemberg zu einem Anstieg der betreuten Kinder  
68 um 18%. Daneben wuchs das pädagogische Personal zwischen 2011 und 2020 um 72%,  
69 dies ist ein Erfolg der Grün geführten Landesregierung! Auch die aktuellen  
70 Maßnahmen zur Abfederung des Erzieher\*innenmangels, wie etwa der  
71 „Zukunftsparagraph“ oder das höhere Gehalt in Baden-Württemberg, sind richtig  
72 und wichtig. Trotz Zukunftsparagraph sind weitere Anstrengungen im Ausbau der  
73 Betreuungsplätze und in der Gewinnung und Haltung und von Fachpersonal  
74 unerlässlich und dringend notwendig, deswegen setzen wir uns in Kommunen und im  
75 Kultusministerium im Land mit Hochdruck dafür ein, dass mehr ausgebildetes  
76 Fachpersonal gewonnen werden kann.

77 Und gleichzeitig bekommen Familien keinen Betreuungsplatz, schließen Kitas  
78 früher oder auch mal einen ganzen Tag. Das System ist auf Kante genäht und für  
79 Familien, die darauf angewiesen sind, ist es nicht verlässlich. Das birgt nicht  
80 nur die Gefahr, dass Eltern ihrer Erwerbsarbeit vermindert oder gar nicht mehr  
81 nachkommen können, sondern stellt auch ein demokratisches Problem dar. Ohne  
82 Kinderbetreuung ist für viele ein kommunalpolitisches Engagement ein zeitlicher  
83 Luxus, den sie sich nicht leisten können. Denn das kommunalpolitische Engagement  
84 konkurriert mit Erwerbsarbeit, Care Arbeit, Familie, Freunden und Hobbies. Die  
85 Folgen sind fatal, denn dadurch sind Eltern in kommunalpolitischen Gremien  
86 unterrepräsentiert. Dies gilt insbesondere für alleinerziehende Eltern. Weitere  
87 Anstrengungen, Kommunalpolitik für Eltern attraktiv zu machen, sind daher  
88 unerlässlich. Es braucht aber grundlegender noch einen gesellschaftlichen  
89 Wandel, der Eltern in ihrer Vielfalt anerkennt und ihre Herausforderungen ernst  
90 nimmt. Ihre Belange sind keine Privatangelegenheit, sondern hängen grundlegend  
91 mit der Frage nach demokratischer und gesellschaftlicher Teilhabe zusammen.

92 Bündnis 90/Die Grünen ist die Partei, die diese Zusammenhänge sieht und einen  
93 Wandel zum Ziel hat.

94 Das familienfreundliche Rathaus: Elternschaft ganzheitlich kommunalpolitisch  
95 gedacht

96 Auf jeder politischen Ebene finden wir Defizite bezüglich der Vielfalt in  
97 politischen Entscheidungsgremien. Dies gilt auch für die Kommunalpolitik – sei  
98 es bei ehrenamtlichen Mandatsträger\*innen oder bei Bürgermeister\*innen. Eine der  
99 bislang unterrepräsentierten Gruppen sind Eltern jüngerer Kinder, insbesondere  
100 Mütter.

101 Der mangelnden Repräsentanz steht eine besondere Betroffenheit entgegen.  
102 Kommunalpolitische Regelungen haben oftmals sehr tiefgreifende Auswirkungen auf  
103 Familien mit Kindern – vom Kita-Angebot und Gebühren, über Schulgebäude bis hin  
104 zu Spielplätzen oder Angeboten und Kosten der Musikschule. Der Blickwinkel von  
105 Eltern ist wertvoll! Deswegen setzen wir Grüne uns dafür ein, dass Familien mit  
106 Kindern auch auf kommunaler Ebene eine starke Stimme erhalten.

107 Dabei ist es uns wichtig, Elternschaft in der Kommunalpolitik ganzheitlich zu  
108 denken:

- 109 • Repräsentanz von Eltern in kommunalen Gremien
- 110 • Beteiligung von Eltern an kommunalpolitischen Prozessen außerhalb  
111 kommunaler Gremien
- 112 • Kommunalverwaltung als familienfreundlicher Arbeitgeber

113 Repräsentanz in kommunalen Gremien

114 Wir Grüne wollen die Rahmenbedingungen für das kommunalpolitische Ehrenamt und  
115 die Vereinbarkeit von Mandat sowie familiären und beruflichen Verpflichtungen  
116 verbessern.

117 Im Antrag für ein attraktives kommunalpolitisches Ehrenamt unserer  
118 kommunalpolitischen Vereinigung GAR (Grüne und Alternative in den Räten) finden  
119 sich zahlreiche Vorschläge für strukturelle Erleichterungen:

- 120 • Förderung hybrider Sitzungen
- 121 • Vorschläge zur Effizienzsteigerung von Sitzungen wie Begrenzung der  
122 Sitzungs- und Redezeit
- 123 • Sonderpauschalen für Care-Arbeit zusätzlich zu den regulären  
124 Sitzungsgeldern (Änderung der Entschädigungssatzungen in den Kommunen)

125 Insbesondere Alleinerziehende finden sich besonders selten in  
126 kommunalpolitischen Gremien. Wir wollen ein landesweites Netzwerk für  
127 alleinerziehende Mandatsträger\*innen aufbauen und in regelmäßig stattfindenden  
128 Treffen deren Bedarfe und Verbesserungsvorschläge abfragen. Als Elternnetzwerk  
129 und GAR innerhalb der Grünen Baden-Württemberg wollen wir empower und  
130 ermutigen, weiterzumachen, auch wenn es anstrengend ist und das politische  
131 Netzwerk nutzen, um die Lösungen vor Ort dann wieder umzusetzen.

132 Beteiligung von Eltern an kommunalpolitischen Prozessen außerhalb kommunaler  
133 Gremien

134 Auch außerhalb des Gemeinderats ist es uns wichtig, die Beteiligung von Familien  
135 mit Kindern auf kommunaler Ebene zu verbessern.

136 Wir wollen die Beteiligung für Eltern und Kinder in den Fokus zu nehmen. Zu  
137 diesem Zwecke werden wir die Bürgerbeteiligungsbeauftragten der Kommunen aus  
138 ganz Baden-Württemberg zum Austausch einladen, um gemeinsam Konzepte und Ideen  
139 zu erarbeiten. Vor Ort machen sich unsere Kommunalpolitiker\*innen dafür stark,  
140 Einwohner\*innen-Versammlungen zu Themen durchzuführen, die speziell Eltern  
141 ansprechen. Beispielsweise die Vorstellung der Kindergartenbedarfsplanung,  
142 Schulrenovierungen oder Kita-Öffnungszeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass  
143 diese Einwohner\*innen-Versammlungen zu Uhrzeiten und an Tagen stattfinden, die  
144 elternfreundlich sind. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass es parallel zu  
145 diesen Einwohner\*innen-Versammlungen ein Betreuungsangebot für Kinder gibt.

146 Gesamtelternvertretungen wollen wir im Gemeinderat eine stärkere Stimme geben  
147 und setzen uns vor Ort dafür ein, dass Sie in betreffenden Ausschüssen nicht nur  
148 Frage-, sondern ein Rederecht erhalten.

149 Kindern eine Stimme geben – Beteiligungsprozesse für Kinder & Jugendliche

150 Uns ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche von klein auf lernen, dass ihre  
151 Stimme zählt und Demokratie nur gemeinsam funktioniert! Wir wollen neue Konzepte  
152 ermöglichen, wie beispielsweise spielerische Beteiligung von Kindern durch  
153 kontinuierlich stattfindende Beteiligungsformate. Hier gibt es viele Formen von  
154 Beteiligung: punktuelle, längerfristige und institutionell verfasste wie z.B.  
155 die Jugendgemeinderäte. Wir wollen aber auch neue Formate entwickeln, wie  
156 beispielsweise bei der Planung von Spielplätzen oder in der Schule durch  
157 jährlich stattfindende „8er Räte“ als barrierefreies Beteiligungsmodell für  
158 Jugendliche. Wir plädieren dafür, dass Kommunen dem Artikel 41a aus der  
159 Gemeindeordnung nachkommen: (1) "Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche  
160 bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise  
161 beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu  
162 entwickeln[...]" Wir wollen, dass Kommunen zu einem demokratischen Lernort für  
163 Kinder und Jugendliche werden. Beteiligt man Kinder und Jugendliche, erreicht  
164 man so auch ihre Eltern und kann sie einbinden.

165 Kommunalverwaltung als familienfreundlicher Arbeitgeber

166 Der zunehmende Fachkräftemangel ist auch für unsere Kommunalverwaltungen eine  
167 große Herausforderung. Wir Grüne setzen uns grundsätzlich für  
168 familienfreundliche Arbeitsbedingungen ein – auch in unseren  
169 Kommunalverwaltungen.

170 Für besonders vorbildliche Kommunen möchten wir zukünftig einen landesweiten  
171 „Vereinbarkeitspreis“ ausloben. Dieser soll Kommunalverwaltungen motivieren und  
172 ein Aufhänger für eine landesweite „Best-Practice“ Sammlung sein. Hierzu gehören  
173 beispielsweise die Schaffung von Familienbüros, der Ausbau von Homeoffice  
174 Angeboten, flexible Arbeitszeiten. Vor Ort wollen wir gemeinsam mit unseren  
175 Verwaltungen in einen engen Dialog treten, wie diese Rahmenbedingungen weiter  
176 verbessert werden können.

177 Wofür wir uns bundespolitisch einsetzen!

178 Auch unser Steuer- und Finanzsystem fußt auf Strukturen, die nicht für die  
179 moderne Familie gemacht sind! Denn das Ehegattensplitting bevorzugt  
180 Familienkonstellationen, in denen es eine\*n Hauptverdiener\*in und einen  
181 Nebenverdiener\*in gibt. Dieses Steuermodell schadet vor allem Frauen, denn sie  
182 sind meistens diejenigen, die vor der Familiengründung schon weniger verdient  
183 haben und danach kürzertreten. Das ist nicht vereinbar mit unseren  
184 feministischen Erfolgen und Werten. Wir Grüne aus Baden-Württemberg stehen  
185 hinter der bundesweiten Forderung, dass das Ehegattensplitting durch  
186 individuelle Besteuerung ersetzt werden soll und vor allem Familien mit Kindern  
187 steuerlich entlastet werden. So profitieren endlich Familien von staatlicher  
188 Unterstützung, denn Familie ist mehr als nur ein verheiratetes Elternpaar mit  
189 Kindern. Immer häufiger sind Eltern nicht miteinander verheiratet, Familien  
190 leben in Patchwork-Konstellationen oder in Konstellationen, in denen mehr als  
191 zwei Menschen Verantwortung für die Familie übernehmen. Diese modernen Familien  
192 Formen müssen im Steuerrecht berücksichtigt werden.

193  
194 Des Weiteren setzen wir uns als Grüne Baden-Württemberg für eine echte  
195 Anrechnung von Care-Arbeit für die Rente ein. Denn Frauen, die im Schnitt zwei  
196 Stunden pro Tag mehr Care-Arbeit leisten, spüren das häufig am Ende bei der  
197 Rente besonders und haben ein höheres Risiko (besonders durch Scheidungen) in  
198 Altersarmut zu rutschen! Auch darf (kommunalpolitisches) Engagement nicht dazu  
199 führen, dass dies zu Lasten der Erwerbsarbeit geht und somit ein weiteres Risiko  
200 für Altersarmut geschaffen wird. Diese finanzielle Abhängigkeit von Ehemännern  
201 und Partnern wollen wir beenden und setzen uns deswegen dafür ein, dass ein  
202 kommunalpolitisches Amt ebenfalls in den Rentenpunkten bedacht wird.

203 Mit den oben aufgeführten Punkten soll ein erster Schritt in eine vielfältige  
204 kommunalpolitische Welt gelingen, in der sich die Gesamtheit der Gesellschaft  
205 gleichermaßen widerspiegelt und möglichst alle Gruppen eine gleichstarke Stimme  
206 haben. Wir setzen uns als Elternnetzwerk der Grünen Baden-Württemberg dafür ein,  
207 dass Politik nach der Kommunalwahl 2024 im ganzen Land von, mit und für Eltern  
208 und Familien gemacht wird, denn es ist an der Zeit, dass ihre Perspektiven und  
209 Lösungsvorschläge endlich einbezogen werden!

## Unterstützer\*innen

Sarah Hagmann (KV Lörrach); Jasmin Ateia (KV Freiburg); Swantje Sperling (KV Rems/Murr); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Elena Bollin (KV Emmendingen); Eva Edelmann-Ohler (KV Konstanz); Katharina Kulvelis (KV Freiburg); Christine Straub (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Matuschek (KV Ettlingen); Julia Seydel (KV Freiburg); Olivia Küster (KV Ulm); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Artur Eichin (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Salome Ebinger (KV Ludwigsburg); Richard Langer (KV Tübingen); Jonathan Ben-Shlomo (KV Freiburg); Hannes Fugmann (KV Freiburg); Jessica Heiss (KV Schwäbisch Gmünd); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Sabrina Eichin (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Anna Katharina Chavier (KV Waldshut); Silke Holzbog (KV Ludwigsburg); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Colin Christ (KV Heilbronn); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Julia Wagner (KV Stuttgart)